

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/20

Bonn, den 29. Januar 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Zügige Verbesserung der Verkehrsverhältnisse</u> Ballungsräume - Nahverkehr - Tarifverbund Von Georg Leber, Bundesminister für Verkehr	55
3 - 4	<u>Die Furcht vor dem Alter</u> Es gibt zu wenig Pflegeheime	74
5	<u>Belgrad - Washington - Peking</u> Keine Politik ohne China? Von Hans Peter Rullmann, Belgrad	39

Zügige Verbesserung der Verkehrsverhältnisse

Ballungsräume - Nahverkehr - Tarifverbund

Von Georg Leber,
Bundesminister für Verkehr

Die Bundesregierung hat in ihrem verkehrspolitischen Programm für die Jahre 1968 - 1972 auch die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden besonders betont. Seit 1967 stehen der Bundesregierung aus dem Mineralölsteuermehraufkommen zusätzliche Mittel zur Verfügung, um Baumaßnahmen zur Verbesserung der kommunalen Verkehrsverhältnisse zu ermöglichen.

In vielen Gemeinden sind bereits erste spürbare Entlastungen festzustellen. Die mittelfristige Finanzplanung des Bundes stellt von Jahr zu Jahr einen wachsenden Betrag aus dem Mineralölsteuermehraufkommen zur Finanzierung dieser Maßnahmen zur Verfügung. Mit 660 Millionen DM begann es 1967, in diesem Jahr wird mit voraussichtlich 800 Millionen DM gerechnet und am Ende der Laufzeit der mehrjährigen Finanzplanung werden es 950 Millionen DM sein.

60 Prozent dieser Mittel fließen dem Ausbau von Straßen in den Gemeinden und Landkreisen zu und 40 Prozent werden für die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs verwendet, zu denen auch die Maßnahmen der Bundesbahn gehören.

Gerade die Bundesbahn ist mit ihrem weit verzweigten teilweise elektrifizierten Vorortnetz in den großen Ballungsräumen besonders geeignet, zur Lösung der Nahverkehrssorgen beizutragen. Sie muß in die Lage versetzt werden, die großen Pendlerströme schnell, sicher und bequem mitten in das Herz der Städte zu bringen. Ich darf hier die großen Vorhaben in Hamburg, im Ruhrgebiet, in Stuttgart, in Frankfurt und München erwähnen, wo die Bauvorhaben teilweise in vollem Gange sind oder in Kürze anlaufen werden.

Für Vorhaben der Bundesbahn zur Förderung des öffentlichen

Personennahverkehrs stellte der Bund 1967 über 50 Millionen DM, im Jahr 1968 rd. 100 Millionen DM und in diesem Jahr rd. 150 Millionen DM Zuwendungen zur Verfügung. Wenn alle vorgesehenen großen Vorhaben der Bundesbahn voll angelaufen sind, werden die jährlichen Bundeszuwendungen die Höhe von etwa 200 Millionen DM erreichen.

Mit diesen Beträgen bezuschußt der Bund diese Vorhaben der Bundesbahn in einer Höhe von 50 Prozent der Infrastrukturkosten. Damit hat der Bund die Basis für die Verwirklichung dieser Vorhaben geschaffen. Der Verkehr in den Großstädten verlangt wegen seiner Zusammenballung auf wenige Tagesstunden unvergleichlich hohe Aufwendungen. Daher sind die Träger des öffentlichen Personennahverkehrs, darunter auch die Bundesbahn, aus sich heraus nicht in der Lage, sich an diesen Baukosten in einem größeren Umfang zu beteiligen. Hier haben Länder und Gemeinden eine Aufgabe für die Allgemeinheit mit zu erfüllen. Ich weiß, daß es oft nicht leicht ist, bei den angespannten Haushalten den erforderlichen Beitrag zu leisten. Um so mehr begrüße ich es, daß trotzdem der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs sichtbar vorankommt.

Die Baumaßnahmen in unseren Großstädten werden jedoch nur dann zu einem vollen Erfolg führen, wenn durch einen Tarifverbund den Kunden ein besserer Anreiz zur Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel gegeben wird. Ich hoffe, daß das bereits mit so großem Erfolg praktizierte Beispiel Hamburgs beispielgebend für weitere Verkehrsregionen sein wird.

Je größer die Attraktivität der öffentlichen Personennahverkehrsmittel sein wird, desto größer ist die Chance, den schleichenden Verkehr und den Stauungen in den Straßennetzen unserer Städte mit Erfolg entgegenwirken zu können.

+ + +

Die Furcht vor dem Alter

Es gibt zu wenig Pflegeheime

kr. - "Keiner wollte die Oma haben" lautete eine Schlagzeile in einer großen westdeutschen Zeitung Mitte Januar. Im Vorspann hieß es, ein (namentlich genannter Leser) möchte sich "eine Begebenheit, die sich vor einigen Tagen in der (ebenfalls angeführten Stadt) zugetragen habe und jeden von uns in der heutigen Zeit treffen könne, von der Seele schreiben." Es war eine traurige, ja, tragische Begebenheit, die im Ausmaß nicht, aber im Grunde genommen doch alltäglich ist.

Die Oma wurde krank

Der Leser erfuhr Anfang Januar, daß die Großmutter krank sei. Dann berichtete er über die acht (jeweils mit Zahlen eingeleiteten) Stationen dieser Begebenheit.

1. Weil "Oma an Altersschwäche leide und somit 'nur' ein Pflegefall sei, würde ein Krankenhaus die alte Frau nicht mehr aufnehmen." (Oma konnte sich, um die Schilderung über die 1. Station zusammenzufassen, nicht mehr helfen. Tag und Nacht wechselten sich daraufhin die Familienmitglieder in der Betreuung der alten Frau ab. Nachbarn halfen.)

2. Eine Fürsorgerin der Gemeinde "erklärte sich am nächsten Tag für nicht zuständig", (weil sie es praktisch mußte.)

3. Ein Altersheim, in dem "Oma durch geleistete Geldzuwendungen die Mitgliederschaft besaß" war für die "nächsten zwei Jahre ausgebucht".

4. Oma's Kirchengemeinde konnte auch nicht helfen, weil "sie keine Kranken- und Alterspflege betreibt".

5. Vierzehn Alters- und Pflegeheime in der betreffenden Stadt und Umgebung waren entweder belegt oder hatten keine Pflegestationen.

6. Die Gemeindeschwester konnte trotz guten Willens auch nicht helfen, wenigstens nicht für die dauernde Pflege.

7. Ein privater Pflegeverein verlangte für die Pflege DM 3.000,-- im Monat, die die Familie nicht tragen konnte.

8. Schließlich konsultierte der Mann ein privates Pflegeheim, das die alte Dame nach sechs Tagen aufnahm. "Das Heim", so endet die Schilderung dieser "Begebenheit", gab uns von den eingezahlten DM 600,-- nichts zurück, nur zwei Tage später unsere tote Oma".

Ein besonders tragischer Fall? Dem Verfasser dieses Artikels erging es ähnlich, als er seine Oma von einem Bundesland, in dem sie

völlig ohne Angehörige in einem Altersheim mit Pflegestation lebt, in ein anderes umsiedeln lassen wollte, um sie, auch ihrem letzten Lebenswunsch entsprechend, wieder in der Nähe zu haben. Er nutzte wochenlang jede freie Stunde, besuchte moderne und alte Heime für ältere Menschen, zuletzt waren es mehr als 20 an der Zahl, doch nicht eins mit Pflegestation konnte die alte Frau aufnehmen. Diese waren übervoll.

Zu bemerken sei hier nur, daß diese Oma nicht pflegebedürftig war, aber die Gewißheit haben wollte, daß sie nicht aus einem Heim verwiesen würde, wenn sie einmal zum Pflegefall werden sollte.

Auch das gibt es. Wegen fehlender Pflegestationen, deren Einrichtung vielen Altenheimen aus finanziellen Gründen einfach nicht möglich ist, sind Heimleitungen oder ihre karitativen Trägerorganisationen einfach gezwungen, sich dann von jahrelangen Heiminsassen zu trennen, wenn sie eines Tages ständiger Pflege bedürfen.

Der Anteil älterer Menschen steigt

Nach einer amtlichen Statistik wird die Zahl der über 65 Jahre alten Bundesbürger von heute 13,2 vH. der Gesamtbevölkerung auf ca neun Millionen oder 14,5 vH. bis 1980 ansteigen. Gut die Hälfte einer Gruppe von befragten älteren Menschen erklärte sich bereit, 100 bis 300 DM für eine eigene Wohnung aufzubringen. Die überwiegende Mehrzahl der Befragten gab dem Wunsche Ausdruck, nach dem 70. Lebensjahr in ein Wohn- oder Pflegeheim zu ziehen, dann also, wenn mit zunehmendem Alter die Erwartung auf Hilfe und Pflege stärker wird.

Sozialpolitiker und Soziologen, Professoren und Minister errechneten den größer werdenden Anteil älterer Menschen an der gesamten Bevölkerungsstruktur. Appelle erklangen, sich dieses Problems gezielter und konzentrierter anzunehmen. Länderregierungen ergriffen Initiativen zum Bau von Altenwohnungen und zur Förderung des Baues von Alten- und Pflegeheimen. Die Bundesregierung erkannte die Problematik.

Das muß respektiert werden, doch auch ohne statistische oder wissenschaftliche Recherchen gibt es überall in Bundesdeutschen Ländern ausreichende Tagesbeispiele dafür, daß auf diesem Gebiet viel, sehr viel versäumt worden ist. Die Gemeinden sind einfach überfordert, noch mehr Heime zu bauen. Karitative Trägerverbände bräurfen mehr Zuschüsse, um vor allem die Personalkosten für ständige Pflegestationen verkraften zu können.

Belgrad - Washington - Peking

Keine Politik ohne China?

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Der jugoslawischen Presse ist zum Thema Nixon nichts Besonderes eingefallen. Die Unruhen in der Tschechoslowakei, der Versuch eines jungen Mannes, sich in der ungarischen Hauptstadt Budapest das Leben durch Selbstverbrennung zu nehmen, die COMECON-Konferenz in Ostberlin, der sowjetische Weltraumflug und das jugoslawische Volksverteidigungsgesetz, das nun mit einem Monat Verspätung, dem Belgrader Parlament zur Verabschiedung vorliegt, sind Themen, die die Inauguration des amerikanischen Präsidenten teilweise sogar von den ersten Seiten der Zeitungen verdrängt haben.

Lediglich die "Borba", eines der beiden Zentralorgane Jugoslawiens, gab sich die Mühe, in einem Kommentar unter dem Titel "Ein neues Kapitel oder die Fortsetzung des alten?" den Wechsel im Weißen Haus zu analysieren, ohne jedoch auf diese Frage eine schlüssige Antwort zu geben. Die erste jugoslawische Stellungnahme enthält dafür sehr viel von jener Skepsis, mit der die Kommunisten ganz allgemein dem westlichen Parlamentarismus gegenüber treten, der nicht nur nach ihrer Meinung einen allzu raschen Wechsel in der Außen- oder Innenpolitik eines kapitalistischen Landes kaum zuläßt.

Nixon, das wird in Belgrad betont, hat mit seiner Rede zwar "einen guten Anfang gemacht", wird aber unter denselben Bedingungen arbeiten müssen wie seine Vorgänger. Andererseits würde die Nixonsche Feststellung, Amerika wolle eine nach a l l e n Seiten offene Außenpolitik führen und dazu beitragen, alle Mißverständnisse auszuräumen, nicht nur als die prinzipielle Bereitschaft Washingtons, die Zusammenarbeit mit Moskau weiter zu pflegen, sondern auch als die Möglichkeit einer neuen China-politik Amerikas interpretiert. Mit anderen Worten: Anders als die beiden Vorgänger dürfte Richard Nixon möglicherweise das gewagte Spiel mit zwei Bällen beginnen, indem er als erster amerikanischer Präsident die wachsenden Widersprüche zwischen China und der Sowjetunion auszunutzen versucht, ohne dabei den realen Wert der Zusammenarbeit mit Moskau zu vergessen.

Derartige Interpretationen, die in Belgrad von offiziellen Sprechern zu hören sind, beruhen auf einigen Tatsachen, unter anderem auf das chinesische Angebot, am 20. Februar in der polnischen Hauptstadt Warschau die amerikanisch-chinesischen Gespräche wieder aufzunehmen mit dem Ziel, eine friedliche Koexistenz zwischen Moskau und Peking auf der Basis des modus vivendi zu erreichen.

+ + +